

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Januar 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

es liegen seit der Bundestagswahl 115 aufregende und unsichere Tage hinter uns. Von Jamaika nach GroKo ist es weder einfach, noch unter normalen Umständen wünschenswert, aber es ist besser eine stabile Bundesregierung zu haben als nur eine geschäftsführende.

Ich habe volles Verständnis dafür, dass die Stimmen sowohl national als auch international ungeduldiger mit der Regierungsbildung werden. Die Probleme in Deutschland und der Welt warten nicht auf eine deutsche Regierung.

Allerdings will eine vierjährige Koalition bestmöglich vorbereitet und auf eine möglichst breite und belastbare Basis gestellt werden. Die von CDU/CSU und SPD erzielten und am Wochenende vom SPD-Parteitag in denkbar knapper Mehrheit bestätigten Sondierungsergebnisse können meiner Ansicht nach eine solche belastbare Basis sein, sofern diesen Ergebnissen ein Koalitionsvertrag folgen sollte.

Die ausgehandelten Ergebnisse sind ein wichtiger Beitrag zur progressiven Gestaltung der Zukunft. Die Stärkung der Sicherheits- und Justizbehörden, Beschleunigung der Umsetzung von Investitionen (Digitalisierung und Energiewende), stärkere Familienförderung, Beibehaltung der schwarzen Null, Begrenzung der Zuwanderung, Steigerung der Bildungsinvestitionen und ein Einwanderungsgesetz sind ein starker Beitrag zur Zukunft.

Dass ich auch einige Punkte nicht für glücklich halte, ist bei einer so kontroversen Kompromissfindung nicht überraschend. Besser aber man gestaltet die Zukunft mit gefundenen Kompromissen, als man gestaltet gar nicht. Von Parteien, die keinen Anspruch auf Gestaltung haben, haben wir leider schon heute im Deutschen Bundestag genug. Deutschland braucht eine funktionierende stabile Regierung.

Aber nicht nur in den Sondierungen standen interessante politische Themen auf der Tagesordnung, auch im Deutschen Bundestag war dies der Fall.



Am vergangenen Mittwoch wurden nun die Fachausschüsse eingesetzt. Damit rückt die Entscheidung näher, welche inhaltlichen Themen ich in den kommenden vier Jahren bearbeiten werde. Ich freue mich auf die vor mir liegende Arbeit.

Des Weiteren wurden die Vertreterinnen und Vertreter sowohl des Europarates als auch des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt.

Inhaltlich standen vor allem der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur zeitlich beschränkten Aussetzung des Familiennachzugs sowie der gemeinsame Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zum Kampf gegen Antisemitismus im Fokus der letzten Sitzungswoche.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Ergebnisse der Sondierungsgespräche • 55 Jahre Élysée-Vertrag • 1. Untersuchungsausschuss • Bekämpfung von Antisemitismus • Verlängerung der Familiennachzugaussetzung
• Daten und Fakten • Markus Koob vor Ort

Sondierungsgespräche:

Sehr gute Ergebnisse

Die intensiven Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD sind erfolgreich beendet worden. Nachdem wir in der Fraktion, aber auch in den Parteigremien von CDU und CSU eine breite Zustimmung zu diesem Ergebnis gefunden haben, wurde auch in der SPD die erste Hürde – der Parteitag – genommen. Die hier aufgeführten Kompromisslinien zeigen eindrücklich, dass die Bildung einer stabilen Regierung aus CDU/CSU und SPD möglich ist. Es ist ein Sondierungspapier mit gegenseitigem Respekt und dem Willen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Regierung mit Mehrwert zu präsentieren.

Die geübte Kritik einiger SPD-Kreise kann ich angesichts der SPD-Erfolge in dem Papier nur sehr bedingt nachvollziehen. Erfolgreiche und unerfolgreiche Kompromisse in den Augen der Parteien gibt es verständlicherweise auf beiden Seiten. Das haben Kompromisse nun einmal an sich.

Ohne eine neue Bundesregierung würde es aber keinen dieser Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger wirklich geben. Ich halte das für unverantwortlich. Es geht schließlich um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere, äußere und soziale Sicherheit ausbauen – das ist unsere Agenda für die kommenden vier Jahre.

Demokratische Parteien, die zu einer Wahl antreten, sollten immer in der Lage sein Kompromisse zu

schließen. Eine kompromisslose Verweigerungshaltung wird dem Wählerwillen unter keinen Umständen gerecht. Neuwahlen genauso wenig.

Aber bilden Sie sich im Folgenden Ihr eigenes Urteil über die erzielten Kompromisse:

EU

CDU/CSU und SPD wollen einen „Aufbruch für Europa“. Dazu zählen:

- Die EU soll bürgernäher, transparenter und demokratischer werden.
- Es soll eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik geben.
- Wettbewerbsfähigkeit der EU und Wachstumskräfte sollen gestärkt werden.
- Die Zahlungen an die EU sollen dafür aufgestockt werden.
- Steuerdumping international und in EU bekämpfen

Arbeit und Wirtschaft

- Das Ziel „Vollbeschäftigung“ wird festgeschrieben.
- Die Sozialabgaben sollen unter 40 Prozent bleiben.
- Die Zuwanderung von Fachkräften wird über ein „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ geregelt.
- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte sinken.
- Es soll ein Recht auf befristete Teilzeit geben.

Infrastruktur und Verkehr

- Geplante Rekordinvestitionen in Verkehrswege werden umgesetzt.

- Fahrverbote sollen vermieden werden.
- Über finanzielle Anreize soll der Bau von 1,5 Millionen Wohnungen bis 2021 gefördert werden.
- Bis 2025 soll der flächendeckende Ausbau der Gigabit-Netze erreicht werden.
- Für strukturschwache Regionen soll ein gesamtdeutsches Fördersystem entwickelt werden.
- Eine Milliarde Euro für Ausbau ÖPNV 2020/2021.

Asyl und Zuwanderung

- Die Zuwanderung soll grundsätzlich begrenzt sein. Ziel ist es, dass pro Jahr nach Möglichkeit nicht mehr als 180.000 bis 220.000 Asylbewerber und Flüchtlinge nach Deutschland kommen.
- Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte bleibt zunächst ausgesetzt. Danach ermöglichen wir 1.000 Menschen pro Monat aus humanitären Gründen den Familiennachzug.
- Abgewiesene Asylbewerber sollen direkt aus zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen zurückgeführt werden.
- Algerien, Marokko und Tunesien werden zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.

Bildung und Forschung

- Die Ausgaben für Forschung sollen steigen. Ziel ist es, von derzeit gut 3 Prozent bis 2025 auf 3,5 Prozent des BIP zu kommen.
- Investitionsoffensive für Sanierung und digitale Ausstattung von Schulen sowie Lehrerfortbildung zur Digitalisierung.
- Es soll ein nationaler Bildungsrat eingerichtet werden, um Bildungschancen in Deutschland zu verbessern.
- Das BAföG wird ausgebaut und die Leistungen werden deutlich verbessert.

Familien

- Das Ehegattensplitting bleibt.
- Das Kindergeld wird ab 2019 um 10,- und ab 2021 um weitere 15 Euro angehoben.
- Es soll einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern geben.
- Die Eigentumsbildung von Familien soll gefördert werden.
- Länder und Kommunen bekommen 3,5 Milliarden Euro zum weiteren Kita-Ausbau und zur Entlastung der Eltern.
- Kinderrechte werden im Grundgesetz festgeschrieben.

- Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Soziales

- Verbesserung der Erwerbsminderungsrente
- Das Rentenniveau wird bis 2025 auf 48 Prozent gehalten. Die Zukunft der Rente über 2025 hinaus soll eine Rentenkommission beraten.
- Die Grundrente für Geringverdiener soll nach 35 Beitragsjahren auf 10 Prozent über Grundsicherung festgeschrieben werden. Es soll dafür eine Bedürftigkeitsprüfung geben.
- Für nicht abgesicherte Selbständige soll eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht eingeführt werden. Mindestkrankenversicherungsbeiträge für Selbständige werden reduziert.
- Die Beiträge zur GKV sollen Versicherte und Arbeitgeber künftig wieder je zur Hälfte zahlen.

Pflege

- Es soll eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte geben. Um Nachwuchskräfte für die Pflege zu gewinnen, wird eine Ausbildungsoffensive gestartet.
- Das Schulgeld in Heilberufen soll abgeschafft werden.
- Kinder zahlen künftig zur Pflege der Eltern erst ab Einkommen von 100.000 Euro jährlich.

Sicherheit

- Es sollen 15.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen werden: 7.500 beim Bund, 7.500 in den Ländern.
- Für die Justiz soll es 2.000 zusätzliche Stellen geben.
- Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Cyberabwehr soll ausgebaut, verbessert und strukturell neu geordnet werden.
- Es soll ein Musterpolizeigesetz für bundesweit hohe Standards geben.
- Die Haushalte für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit sollen bis 2021 um insgesamt 2 Milliarden Euro angehoben werden.

Steuern und Finanzen

- Wir werden die Steuerbelastung nicht erhöhen.
- Ausgeglicherer Haushalt ohne neue Schulden (schwarze Null)

- Der Solidaritätszuschlag soll bis 2021 schrittweise um 10 Milliarden Euro gesenkt werden. 90 Prozent der Soli-Zahler müssen den Soli dann nicht mehr zahlen.
- Die pauschale Abgeltungssteuer auf Zinserträge soll langfristig wegfallen.

Klima und Umwelt

- Das Klimaziel 2030 wollen wir auf jeden Fall erreichen. Die Lücke zur Erreichung des Klimaziels 2020 werden wir so schnell wie möglich schließen.
- Bis Ende des Jahres erarbeiten wir einen Zeitplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung.
- Unter diesen Voraussetzungen streben wir einen Anteil von etwa 65 % Erneuerbarer Energien bis 2030 an.
- Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen soll verboten werden.
- Wir wollen für unsere Kinder und Enkelkinder eine intakte Natur bewahren.
- Wir wollen den Einsatz von Glyphosat so schnell wie möglich grundsätzlich beenden.

Allein, wir brauchen jetzt die Zielstrebigkeit aller Partner konstruktiv an einer Koalitionsvereinbarung zu arbeiten. Das Sondierungsergebnis steht. Derzeit noch bestehende inhaltliche Lücken im Papier werden durch die Koalitionsverhandlungen gefüllt werden. Änderungen bereits bestehender Kompromisslinien werden in der Union zu Recht aber abgelehnt. ■

55 Jahre Élysée-Vertrag:

Ein Hoch auf die Deutsch-Französische Freundschaft

Der 22. Januar 2018 ist der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags („Élysée-Vertrag“) durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle. Dieser Vertrag und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich stellen eine der überragenden Leistungen des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers nach einem Jahrhundert mit drei Kriegen zwischen beiden Ländern dar.

Die Präsidien des Deutschen Bundestags und der Französischen Nationalversammlung haben entschieden, an diesem Tag Sondersitzungen der beiden Parlamente einzuberufen. Vormittags tagte der Bundestag in Berlin, am Nachmittag die Nationalversammlung in Paris. In der Debatte im Bundestag

hat der Präsident der Nationalversammlung François de Rugy gesprochen, in der Debatte in Paris unser Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Wir haben darüber hinaus eine gemeinsame Resolution der beiden Parlamente verabschiedet, mit der wir die Bundesregierung und die französische Regierung auffordern, einen erneuerten Élysée-Vertrag zu erarbeiten. Zudem soll ein „Deutsch-Französisches Parlaments-Abkommen“ vorbereitet und im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Die deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt ein unumstößliches Axiom unserer Außen- und Europapolitik. ■

1. Untersuchungsausschuss:

Anschlag auf dem Berliner Breitscheid-Platz

Der Anschlag, den der islamistische Attentäter Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 ausführte, kostete zwölf Menschen das Leben. 55 Personen wurden zum Teil schwer verletzt, als Amri einen Sattelzug auf den Weihnachtsmarkt lenkte.

Ich hoffe, dass dieser erste Untersuchungsausschuss der Wahlperiode Zweifel ausräumen und erklären kann, wie es zu dieser widerwärtigen Tat kommen konnte. Dieser Untersuchungsausschuss erhält im Rahmen des Zulässigen den Auftrag zu einer umfassenden Sachverhaltsaufklärung. ■

Antrag von CDU/CSU & SPD:

Antisemitismus entschlossen bekämpfen

In Deutschland existiert nach wie vor ein nicht akzeptables Maß an Antisemitismus. Der größte Teil der antisemitischen Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert. Wir erleben, dass dazu verstärkt ein arabischstämmiger Antisemitismus tritt, wie jüngst bei antiisraelischen Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor, dem wir uns klar und deutlich entgegenstellen – gleichgültig, ob er strafbar ist oder nicht. Das Existenzrecht Israels ist zweifelsfrei deutsche Staatsräson.

Wir bekräftigen mit diesem Antrag, dass Antisemitismus in Deutschland keinen Platz hat und die uneingeschränkte Akzeptanz jüdischen Lebens in Deutschland auch als ein Maßstab für gelungene Integration gilt. Deshalb fordern wir die Bundesregierung unter anderem dazu auf, einen

Antisemitismusbeauftragten einzusetzen, die Antisemitismusprävention auf Bundesebene zu verstetigen, das Straf- und Versammlungsrecht auf ausreichende Befugnisse der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden hin zu überprüfen sowie zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen zu vermitteln. Zudem soll untersucht werden, ob Integrationskurse die Problematik des Antisemitismus ausreichend vermitteln. Damit greifen wir wesentliche Forderungen auf, die der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus in seinem Bericht im Frühjahr 2017 erhoben hat.

Hass und Ablehnung gegen Menschen jüdischen Glaubens aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Abstammung ist gerade für uns Deutsche unerträglich. Auf Initiative unserer Fraktion nehmen wir den bevorstehenden Holocaust-Gedenktag am 27. Januar zum Anlass, um vor dem Hintergrund erschreckender antisemitischer Vorfälle in jüngster Zeit mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land zu setzen. ■

1. Lesung:

Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges subsidiär Schutzberechtigter

In erster Lesung haben wir in der vergangenen Sitzungswoche den Gesetzentwurf zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges zu subsidiär Schutzberechtigten beraten. Wir setzen das Sondierungsergebnis damit eins zu eins um. Der Familiennachzug bleibt bis zum Inkrafttreten der in den Sondierungen vereinbarten Neuregelung, die bis zum 31. Juli 2018 verabschiedet werden soll, ausgesetzt.

Wegen der hohen Flüchtlingszahlen 2015 hatte die Bundesregierung 2016 für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz den Nachzug enger Familienangehöriger auf zwei Jahre begrenzt ausgesetzt. Subsidiär Schutzberechtigte sind Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl oder den Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben, gleichwohl aber im Land bleiben dürfen, weil ihnen bei Rückkehr in die Heimat Gefahr durch Krieg, Folter oder Todesstrafe droht. Das betrifft vor allem Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak.

Der eingeschränkte, subsidiäre Schutz ist lediglich ein Schutz auf Zeit. Die subsidiär Geschützten müssen Deutschland - etwa nach dem Ende des Bürgerkrieges in Syrien - wieder verlassen. Deshalb

geht es nicht um eine langfristige und nachhaltige Integration. Wer Angehörige nachholt, dessen Aufenthalt verfestigt sich. Das ist nicht der Sinn und Zweck subsidiären Schutzes. ■

Familiennachzug subsidiär Schutz- berechtigter

- Es gibt rund 150.000 subsidiär schutzberechtigte Menschen in Deutschland, die von der Aussetzung des Familiennachzuges seit März 2016 betroffen sind.
- Nahezu alle subsidiär Schutzberechtigten kommen aus Syrien und dem Irak.
- Familiennachzug bedeutet das Nachholen des Ehepartners (Ehe muss zum Zeitpunkt der Ausreise existieren) und der eigenen minderjährigen Kinder; bei Kindern die Eltern und ggf. Geschwister.
- Das Sondierungsergebnis von CDU/CSU und SPD sieht einen begrenzten, gesteuerten und gestaffelten Familiennachzug bei subsidiär Schutzbedürftigen für 12.000 Personen im Jahr vor. Damit wird eine Sogwirkung vermieden und wir kommen unserer humanitären Verantwortung nach.

Zahlen und Fakten I:

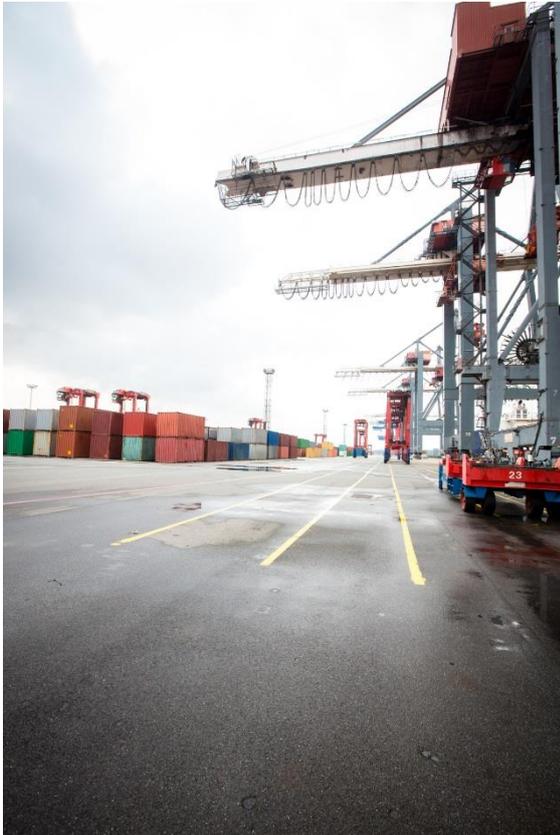
55 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

Seit der im Élysée-Vertrag vereinbarten Gründung im Jahr 1963 hat das DFJW mittlerweile über 8,4 Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an etwa 320.000 Austauschprogrammen und Begegnungen ermöglicht. Mittlerweile nehmen jedes Jahr etwa 200.000 Jugendliche aus beiden Staaten an den ca. 9.000 Projekten des DFJW teil, die zu gleichen Teilen von der deutschen und französischen Regierung gefördert werden. Dieser rege Austausch leistet einen großen Beitrag zur Intensivierung der Beziehungen zwischen jungen Menschen in Deutschland und Frankreich sowie zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses der Kultur des Nachbarlandes. Die Diensträume des DFJW wurden ursprünglich in Rhöndorf bei Bonn eröffnet, dem damaligen Wohnort Konrad Adenauers – heute befinden sie sich in Berlin. (Quelle: Deutsch-Französisches Jugendwerk) ■

Zahlen und Fakten II:

Deutsche Wirtschaft wächst auch im Schlussquartal 2017

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland legte im vergangenen Jahr um insgesamt 2,2 Prozent zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge gewachsen und erreichte den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit 2011. Getragen wurde die gute konjunkturelle Lage vor allem von der Kauflust der Verbraucher und den gestiegenen Investitionen vieler inländischer Unternehmen. Zugleich sorgte die Erholung der Weltwirtschaft für steigende Nachfrage nach Produkten «Made in Germany», so dass Deutschlands Exporteure um 4,7 Prozent höhere Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verbuchen konnten als noch im Vorjahr. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■



Quelle: Markus Schwarze

Zahlen und Fakten III:

Deutsche Firmen gehen optimistisch ins Jahr 2018

Über zwei Drittel der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Branchenverbände erwarten für ihre Unternehmen im kommenden Jahr eine höhere Produktion. Außerdem sprechen 26 der 48

regelmäßig zur Jahreswende befragten Verbände von einer besseren Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorjahr. Während zur Jahreswende 2016/2017 noch neun Verbände die aktuelle Wirtschaftslage schlechter als vor einem Jahr einschätzten, hat sich diese Zahl nun auf nur noch zwei Verbände reduziert. Als entscheidende Faktoren für die gute Geschäftslage und die positive Umsatzentwicklung der meisten Industriebranchen sind neben der anziehenden Welt- und Konsumkonjunktur die im Jahresverlauf 2017 wieder gewachsenen Inlandsinvestitionen zu benennen. Die positive Investitionsentwicklung wird aller Voraussicht nach anhalten: So erwarten 24 Verbände im Jahr 2018 höhere Ausgaben ihrer Firmen. (Quelle: IW Köln) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel 030/227-75549
Fax 030/227-76549

markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Markus Koob vor Ort



Neujahrsempfang Oberstedten



Mit dem nominierten CDU-Landratskandidaten für Limburg-Weilburg, Michael Köberle



Neujahrsempfang der CDU Weilrod

